

Wahlprüfstein Deutscher Kunstrat

Ihre Frage	Unsere Antwort
Verfassungs-, kommunalrechtliche und exekutive Stärkung der Kultur	
Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Schaffung eines Bundeskulturministeriums, die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz, die kulturelle Infrastruktur auch auf Landes- und kommunaler Ebene unterstützen?	<p>Wir wollen die kulturpolitischen Spitzengespräche zu einem bundesweiten Kulturplenum weiterentwickeln, in dem neben Kommunen, Ländern und Bund (BKM, AA) auch Kulturakteur*innen und -verbände sowie Vertreter*innen der Zivilgesellschaft vertreten sind. Hier soll ein „Zukunftsdialog Kultur“ organisiert werden, in dem Herausforderungen strategisch bearbeitet werden.</p> <p>Wir werden die Digitalisierung vorantreiben und unser kulturelles Erbe sichern und besser zugänglich machen. Unser Ziel ist es, bundespolitische Kultur-Initiativen besser mit den jeweiligen regionalen Gegebenheiten abzustimmen und nach Möglichkeit so eng zu verzahnen, dass Bund, Länder und Kommunen effektiv gemeinsam statt nebeneinander an der Stärkung der Kultur arbeiten. Wir wollen Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. Wir wollen den Stellenwert der Kultur auch dadurch sichern, dass der Beauftragte für Kultur und Medien im Kanzleramt Ministerrang erhält.</p>
Faire Vergütung künstlerischer Lesitungen	
Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Einkommen von Kunstschaffenden zukunftssicherer zu gestalten, die konsequente und faire Vergütung aller künstlerischen Leistungen sicherzustellen und den Gender Pay Gap zu überwinden?	Zur besseren sozialen Sicherung von Künstler*innen werden wir Mindestgagen und Ausstellungshonorare fest etablieren. Künstlerische Leistungen sollen dabei geschlechterunabhängig honoriert werden.

	<p>Mit dem Entgelttransparenzgesetz, der Aufwertung sozialer Berufe und zahlreicher Maßnahmen für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wir bereits wichtige Schritte gegangen, um den Gender Pay Gap zu schließen.</p>
<p>Verbesserung der sozialen Sicherung</p>	
<p>Unterstützen Sie die Nachschärfung des Gesetzes zur Grundrente u. a. durch Absenkung des erforderlichen Mindesteinkommens, die Absicherung von Kunst- und Kulturakteur*innen gegen Einkommensausfall den Beibehalt des erleichterten Zugangs zur Grundsicherung?</p>	<p>Wir werden die Absicherung in der Künstlersozialversicherung ebenso wie in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verbessern. Viele Forderungen der SPD sind bei der Einführung der Grundrente an der Union gescheitert. Wir wollen dabei eine grundsätzliche Pflicht zur Altersvorsorge einführen.</p> <p>Wir werden die Gesamtbelastung insbesondere für Soloselbstständige mit niedrigem Einkommen dabei im Auge behalten. Zur besseren sozialen Sicherung von Künstler:innen werden wir Mindestgagen und Ausstellungshonorare fest etablieren.</p> <p>Wir wollen ein beitragsfinanziertes Sicherungsgeld einführen, das bei Auftragseinbrüchen ähnlich der Arbeitslosenversicherung eintritt. Das Sicherungsgeld hat Vorrang vor der Grundsicherung. Die Grundsicherung wollen wir zu einem Bürgergeld weiterentwickeln. Vermögen und Wohnungsgröße soll innerhalb der ersten zwei Jahre des Bürgergeldbezugs nicht geprüft werden.</p>
<p>Förderung von Kunst und Kultur</p>	
<p>Mit welchen Maßnahmen wollen Sie das Wegbrechen regionaler Kultur angesichts leerer Kassen verhindern, die Förderstrukturen für Bildende Kunst sichern, den Aufwand für ehrenamtliches Engagement</p>	<p>Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Kultur hart getroffen. Künstler*innen und Kreative sind in ihren Arbeitsmöglichkeiten teilweise extrem eingeschränkt. Dem Publikum sind etliche Kulturorte nach wie vor verschlossen. Der</p>

<p>angemessener ausgleichen und Kunst im öffentlichen Raum stärker sichtbar werden lassen?</p>	<p>gesellschaftliche Verlust ist enorm – wir stehen politisch in der Verantwortung, ihn abzufedern und den Neustart des kulturellen Lebens im Land zu fördern. Das hat nicht nur eine materielle Dimension.</p> <p>Wir wollen die Bundeskulturfonds weiter ausbauen und Programme auflegen, mit denen kulturelle Freiräume gesichert und entwickelt werden können. Die sich verändernden kulturellen Wertschöpfungsketten bedürfen einer zeitgemäßen „kulturellen Ordnungspolitik“, etwa in den Bereichen Steuerrecht, Urheberrecht oder Künstlersozialversicherung. Wir wollen eine Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken hin zu inhaltlich strukturbildenden Maßnahmen und Impulsen.</p> <p>Wir werden das ehrenamtliche Engagement auch dadurch fördern, dass wir Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen.</p> <p>Für weitere passgenaue Maßnahmen zur Verbesserung des ehrenamtlichen Engagements brauchen wir vor allem starke und handlungsfähige Kommunen. Ein wichtiger nötiger Schritt ist beispielsweise, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen.</p>
<p>Steuerinstrumente zur Kulturförderung Werden Sie sich auf Bundes-, Länder- & europäischer Ebene für den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für den gesamten Kunsthandel, für Steuerfreibeträge für Kunstkäufe von Privaten und Maßnahmen zur steuerrechtlichen Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit einsetzen?</p>	<p>Die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für den gesamten Kunsthandel würde gegen die verbindlichen Vorgaben des Unionsrechts verstoßen. Danach muss im gewerblichen Kunsthandel grundsätzlich der Normalsatz angewendet werden.</p>

	<p>Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 Prozent sollte generell nur für lebensnotwendige Waren des täglichen Bedarfs gelten. Der Katalog der Gegenstände und Dienstleistungen, die dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen, ist jedoch inzwischen außerordentlich umfangreich, unübersichtlich und zum Teil nicht logisch. Vor diesem Hintergrund hält es die SPD für wünschenswert, den Anwendungsbereich des ermäßigten Steuersatzes insgesamt zu überarbeiten.</p> <p>Das ehrenamtliche Engagement ist für uns unverzichtbar. Wir werden es daher weiter unterstützen. Administrative Hürden wollen wir durch Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachungen beseitigen. Wir werden vor allem die Digitalisierung nutzen, um die Anforderungen des Gemeinnützigkeitsrechts bürokratieärmer umzusetzen. Die steuerliche Freigrenze für wirtschaftliche Tätigkeiten gemeinnütziger Organisationen wurde auf 45.000 Euro angehoben.</p>
<p>Kunst und Digitalisierung</p>	
<p>Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erforderliche Digitalisierungsmaßnahmen im Kulturbereich unterstützen, die faire Vergütung einer digitalen Nutzung von Werken auf Bundesebene ermöglichen und auf internationaler Ebene zum Schutz der Urheberrechte beitragen?</p>	<p>Wir werden die Entwicklung des Digitalen als künstlerischen Raum stärken und digitale Kunstprojekte fördern. Wir werden die Digitalisierung von Mediatheken vorantreiben und unser kulturelles Erbe sichern und besser zugänglich machen. Nicht zuletzt werden wir auch die Entwicklung digitaler Kulturveranstaltungen und Erlösmodelle aktiv unterstützen.</p> <p>Mit der Umsetzung der EU-Urheberrechtslinie wurde für Künstler*innen viel erreicht: Plattformen sind nun gegenüber den</p>

	<p>Rechteinhaberinnen und Rechteinhabern verantwortlich für Rechtsverletzungen und müssen künftig Lizenzen erwerben. Kreative erhalten einen Direktvergütungsanspruch und sie profitieren von neuen Transparenzvorschriften über die gesamte Lizenzkette, mit denen ihre Position insbesondere gegenüber den Streaminganbietern bei der Durchsetzung einer fairen Vergütung gestärkt wird.</p> <p>Um zu verhindern, dass Künstler*innen und Künstler, die Vergütungen einklagen, auf einer schwarzen Liste landen, wollen wir darüber hinaus in der kommenden Wahlperiode mit einem Verbandsklagerecht gegen unangemessene Vergütungen nachsteuern. Eine entsprechende Regelung in dieser Wahlperiode ist leider an unserem Koalitionspartner gescheitert.</p>
<p>Künstlerisches Erbe</p>	
<p>Wie stehen Sie zum Vorschlag eines Förderprogramms für digitale Werkverzeichnisse und regionalen Depots zur Bewahrung künstlerischen Erbes und mit welchen Maßnahmen wollen Sie dem Gender Show Gap entgegenwirken sowie den Erhalt von Kunst am Bau unterstützen?</p>	<p>Die SPD setzt sich für die Bewahrung unseres kulturellen Erbes ein und unterstützt bundesgeförderte Initiativen wie beispielsweise das Schaumagazin für Künstlernachlässe in Brauweiler. Der Bund fördert zudem weitere Nachlassverwaltungen investiv und institutionell, was einen wichtigen Beitrag für den Erhalt unseres kulturellen Erbes darstellt. Diese Initiativen sind aufrechtzuhalten und auszubauen.</p> <p>Kulturpolitik ist vorrangig eine Sache der Länder und Kommunen, in ihrer Hoheit liegt der Großteil all jener Kulturinstitutionen, die das Leben der Menschen vor Ort bestimmen. Aufgabe der Bundeskulturpolitik muss es sein, die Städte und Gemeinden bei diesen Aufgaben zu unterstützen – insbesondere, wenn es um den Erhalt der</p>

	<p>kulturellen Infrastrukturen und des kulturellen Erbes, die Bedingungen künstlerischen Arbeitens und die Freiheit unserer</p> <p>Wir wollen die Diversität und Geschlechtergerechtigkeit in Kunst und Kultur weiter ausbauen: Mehr Frauen sollen Führungsverantwortung in Kultureinrichtungen übernehmen. Die Besetzung von Jurys, Gremien, etc. muss quotiert erfolgen, damit das künstlerische Schaffen von Frauen angemessen einbezogen werden kann.</p>
<p>Kulturlandschaft erhalten</p>	
<p>Wie wollen Sie die einzigartige Kulturlandschaft in Deutschland in ihrer Vielfalt erhalten?</p>	<p>Zu einer attraktiven Gesellschaft gehört eine vielfältige und lebendige Kunst- und Kultur-Landschaft. Wir können in Deutschland stolz sein auf unsere Theater, unsere Orchester, unsere Museen, unsere Festivals und unsere vielfältige Freie Szene. Es ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit in Deutschland Kunst auf höchstem Niveau entstehen kann und Kultureinrichtungen allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen.</p> <p>Eine entscheidende Aufgabe wird sein, die Kommunen auch finanziell dauerhaft in die Lage zu versetzen, Kunst und Kultur aus eigener Kraft zu fördern.</p> <p>Wir werden dabei helfen, dass der Kultur die notwendigen Räume gesichert werden können – auch in den Städten und Gemeinden, in denen der Immobilienwertungsdruck immer weiter zunimmt. Wir werden Programme auflegen, mit denen kulturelle Freiräume sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Räumen gesichert und entwickelt werden können. Wir wollen</p>

	<p>kreative Räume entwickeln, Zwischennutzungen verbindlicher ermöglichen und die Sichtbarkeit und Wahrnehmbarkeit von Kunst im öffentlichen Raum stärken. Wir werden prüfen, inwiefern auch der Bund durch entsprechende rechtliche und fördernde Initiativen bedrohte Kulturräume sichern kann.</p>
--	---